

***Resolution des Amtsausschusses Rantzau (10 Gemeinden)
Diese Resolution wurde einstimmig (bei einer Enthaltung) beschlossen am
21.05.2007 im Rahmen einer Amtsausschusssitzung.***

Adressat: Kreistag Pinneberg, Landrat des Kreis Pinneberg

Der Amtsausschuss spricht sich gegen die derzeit geplante Erweiterung des Müllheizkraftwerkes in Tornesch-Ahrenlohe aus.

Wir akzeptieren die Verpflichtung, den Abfall des Kreises Pinneberg und den der Kooperationspartner zu behandeln.

Die geplante Erweiterung von derzeit 80.000 auf 280.000 t Abfalleinsatzmenge führt jedoch sowohl zu einer erheblich höheren Schadstoffbelastung für den Kreis Pinneberg als auch zu einer erheblichen Verkehrsbelastung.

Wir lehnen den hieraus resultierenden Mülltourismus ab.

Das MHKW belastet die Infrastrukturen und Entwicklungsräume weiter Teile des Kreises Pinneberg, hierzu gehören insbesondere: Trinkwasserschutz und –gewinnungsgebiete, FFH-Gebiete, Naherholungsräume, z.B. auch das Arboretum, land- und forstwirtschaftliche Betriebe und die Werte der Grundstücke und Immobilien (Preisverluste).

Die Erweiterung des MHKW widerspricht den Planungszielen des Kreises und des Landes, unseren Achsenzwischenraum für Naherholung und Land- u. Forstwirtschaft nutzen zu wollen.

Ein MHKW emittiert eine große Anzahl von Schadstoffen, deren Auswirkungen auf den Menschen bis heute nicht eindeutig geklärt sind. Bekannt ist aber, dass die sehr weittragenden Feinstäube noch bei geringster Konzentration krebserregende Wirkung hervorrufen. Der heutige Stand der Technik lässt gegenüber der Planung eine deutlich bessere Filterung der Rauchgase zu.

Wir fordern den Einbau des technisch bestmöglichen Filterverfahrens, um die Umweltemissionen so gering wie möglich zu halten und um den größtmöglichen Schutz für die Menschen bzw. die Umwelt zu gewährleisten.

Die schon bestehende Belastung mit Dioxinen und Furanen im Boden zählt in einigen Teilen des Kreisgebietes und besonders im Umfeld des MHKWs Tornesch-Ahrenlohe zu den höchsten des Landes Schleswig-Holstein.

In dieser vorbelasteten Situation ist es für uns unumgänglich, vor der Erteilung einer Baugenehmigung zur Erweiterung des MHKWs auf Kosten des Antragstellers ein humantoxikologisches Gutachten erstellen zu lassen, da die so geplante Erweiterung zu einer weiteren erheblichen Mehrbelastung führen wird.

Vom Kreis Pinneberg erwarten wir, dass er den Schutz seiner Bürger bzw. der Umwelt vor den monetären Vorteil als Mehrheitsgesellschafter der GAB stellt (und eben auch ein humantoxikologisches Gutachten in Auftrag gibt).

Diese Resolution könnte für viele Gemeinden, Ämter, Parteien und alle übrigen Menschen als Grundlage für einen fachlichen und politischen Einspruch dienen.